

SPD

DIE LINKE

WG Die Grünen

Bündnis 90/ Die Grünen

PIRATEN

Gemeinsamer Änderungsantrag zur Resolution der Fraktion bum/FDP

2015/0206 – Tagesordnungspunkt 15

Die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen und Asylbewerbern ist eine wichtige Aufgabe unserer Gesellschaft.

Die Stadt bemüht sich intensiv, die hieraus entstehenden Herausforderungen organisatorisch und finanziell zu meistern. Hierbei leisten, neben den offiziellen Stellen, viele ehrenamtliche Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen Außerordentliches. Voraussetzung für diese Arbeit ist allerdings auch eine ausreichende finanzielle Ausstattung, die Marl als Stärkungspaktgemeinde, die sich bereits heute weitgehend auf die Erfüllung von Pflichtaufgaben beschränken muss, nur noch schwerlich mit der zur Zeit gewährten Unterstützung des Landes und des Bundes leisten kann.

Flüchtlingspolitik ist eine gesamtstaatliche Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen. Insbesondere für uns als Kommune sind die Herausforderungen erheblich. Finanziell und logistisch, aber auch im Hinblick auf die Bewältigung mancher Skepsis der Bürgerinnen und Bürger. Es ist überhaupt aktuell der Verdienst der Verantwortlichen vor Ort, von Stadtverwaltung und ehrenamtlicher Bürgergesellschaft, wenn trotz unzureichender finanzieller Ausstattung von Land und Bund eine Willkommenskultur für Asylsuchende in Marl möglich wird.

Die Anzahl geeigneter Unterbringungsmöglichkeiten stößt in Marl schon jetzt an ihre Grenzen, so dass beispielsweise über einen Neubau nachgedacht wird. Zu einer guten Unterbringung gehört neben entsprechendem Wohnraum auch die Betreuung der Flüchtlinge. Sie brauchen Unterstützung, um den Alltag trotz ihrer Erlebnisse und trotz wahrscheinlicher Sprachschwierigkeiten meistern zu können. Viele Mitbürgerinnen und Mitbürger engagieren sich bereits heute in außerordentlicher Weise. Doch ohne zusätzliches hauptamtliches Fachpersonal wird diese Aufgabe nicht zu bewältigen sein.

Der Rat der Stadt Marl fordert,

- die Bundesregierung auf, die Länder und Kommunen deutlich stärker als bisher finanziell in die Lage zu versetzen, der in bundespolitischer Verantwortung stehenden Flüchtlingsaufnahme geeignet gerecht werden zu können.
- dass das Land NRW die vom Bund bereitgestellten Mittel schnell und vollständig an die Kommunen weiterleitet und uns u.a. in die Lage versetzt

wesentlich mehr Personal für eine gute Betreuung und alltagstaugliche Integration einzusetzen.

- dass zusätzliche Mittel von Land und Bund zur Verbesserung der Wohnsituation der Flüchtlinge in Marl zur Verfügung gestellt werden, damit in Größe und Qualität den Mindeststandards laut Wohnaufsichtsgesetz NRW genüge getan werden kann.

Peter Wenzel
SPD-Fraktion

Claudia Flaisch
Fraktion DIE LINKE

Johannes Westermann
Fraktion WG Die Grünen

Michael Sandkühler
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Michael Levedag
PIRATEN